



Sie haben jetzt das Sagen: Die zwei TGW-Geschäftsführer (von links) Harald Schröpf und Georg Kirchmayr sowie Insolvenzverwalter Axel W. Bierbach vor der Teunzer Firma Klug Integrierte Systeme. Bild: Portner

TGW will mit Klug in Champions-League

Österreichische Logistics Group kauft Teunzer Firma

Teunz. (ptr) Die 320 Mitarbeiter der Firma Klug Integrierte Systeme in Teunz (Kreis Schwandorf) haben seit Dienstag zwei neue Chefs. Nach zwei Monaten vorläufiger Insolvenzverwaltung wurde am 1. Juli der Kaufvertrag mit der österreichischen TGW Logistics Group unterzeichnet. Für viele überraschend. Denn eigentlich hatte Kronos – mit 26 Prozent an Klug beteiligt – bis zuletzt Interesse bekundet.

„Es gab mehrere indikative Angebote. Mit drei möglichen Investoren haben wir den Kaufvertrag bis zum Ende verhandelt“, informierte Insolvenzverwalter Axel W. Bierbach gestern bei der Pressekonferenz. TGW erfülle die Vorgaben (Übernahme aller Mitarbeiter, Standorterhalt und Zahlung des Kaufpreises zur Befriedigung der Gläubiger) und habe den

Zuschlag erhalten. Die Forderungen der Gläubiger summieren sich auf rund 20 Millionen Euro.

„Mit dem Kauf wollen wir unsere IT-Kompetenz stärken und in die Champions-League der Intralogistik-Branche aufsteigen“, sagte Geschäftsführer Georg Kirchmayr. Die TGW mit Sitz in Wels (Oberösterreich) hat 1700 Mitarbeiter und ist ein international agierender Produzent von Materialfluss- und Lagerlogistik-Lösungen mit Schwerpunkt Stahlbau und Fördertechnik. Als IT-Systemanbieter bringt Klug die fehlende dritte Komponente ein. „Wir haben bisher schon gut zusammengearbeitet“, betont der weitere Geschäftsführer Harald Schröpf. Der gebürtige Weidener ist der Sohn des 2012 verstorbenen ehemaligen Oberbürgermeisters Hans Schröpf.

Wirtschaftsnotizen

Adidas hebt Verbot auf

Sportfachhändler können Adidas-Produkte auch auf Online-Marktplätzen verkaufen. Adidas hat auf Druck des Bundeskartellamts entsprechende Verbotsklauseln in den Verträgen aufgehoben. „Nach Ermittlungen bei den deutschen Händlern und den Sportartikelherstellern wurde Adidas im Laufe des Verfahrens informell mitgeteilt, dass schwerwiegende wettbewerbsrechtliche Bedenken im Hinblick auf das Verkaufsverbot über Online-Marktplätze und Beschränkungen der Suchmaschinenwerbung für autorisierte Händler bestehen“, teilte das Bundeskartellamt am Mittwoch mit. Adidas betonte hingegen, dass sich die Online-Marktplätze seit Beginn des Kartellamtsverfahrens weiterentwickelt hätten und inzwischen die Vorgaben erfüllten. (dpa)

Der Pächter muss zahlen

Grundstückseigentümer haften bei Energielieferungen nicht für ihre Pächter oder Mieter und müssen deren offene Stromrechnungen nicht übernehmen. Das gilt einem Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) zufolge auch dann, wenn kein schriftlicher Vertrag über den Bezug von Strom vorliegt. Die Richter wiesen mit ihrem Urteil vom Mittwoch die Klage des Versorgers Eon Hanse ab. Das Unternehmen wollte von einem Grundstücksbesitzer rund 32 500 Euro für Stromlieferungen an dessen Pächter haben. Der Betreiber einer Pizzeria hatte jedoch keinen schriftlichen Vertrag mit Eon Hanse geschlossen. Aus Sicht des BGH war dennoch der Pächter Vertragspartner von Eon, da er über die Stromanschlüsse verfügen konnte und den Strom auch nutzte. (dpa)

Haribo verlegt Firmensitz



Haribo (im Bild das Werk in Bonn) verlagert seinen Firmensitz. Archivbild: dpa

Der Süßwarenhersteller Haribo verlegt seinen Firmensitz von Bonn in die Gemeinde Grafchaft (Rheinland-Pfalz). Mehr als 200 Arbeitsplätze der Hauptverwaltung würden verlagert, teilte Haribo-Sprecher Marco Alfter am Mittwoch mit. In Bonn sei das Unternehmen sowohl bei der Produktion wie auch in der Verwaltung an Kapazitätsgrenzen gestoßen. Im rund 30 Kilometer entfernten Grafchaft soll bis 2017 mit rund 300 neuen Arbeitsplätzen auch ein neuer Produktions- und Logistikstandort des Konzerns errichtet werden. In Bonn sollen rund 850 Arbeitsplätze erhalten bleiben. (dpa)

Bosch investiert in Mexiko

Der Zulieferer Bosch reagiert auf die Expansion vieler Autohersteller in Mexiko. Laut einem Bericht der „Stuttgarter Zeitung“ will das Unternehmen in den kommenden Jahren 400 Millionen Euro in dem Land investieren und 3000 Arbeitsplätze schaffen. Die Automobilunternehmen schätzen an Mexiko vor allem die Nähe zum US-Markt und die relativ niedrigen Lohnkosten. Zudem hat das Land zahlreiche Freihandelsverträge unterzeichnet, was zollfreie Exporte in zahlreiche Absatzmärkte erlaubt. (dpa)

Im Euro-Raum nur zaghafte Wachstum

Berlin/Luxemburg. (dpa) Die Wirtschaft in den 18 Ländern mit der Euro-Währung nimmt nur langsam wieder Fahrt auf. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte im ersten Quartal des laufenden Jahres um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal zu. Die Europäische Statistikbehörde Eurostat in Luxemburg bestätigte damit am Mittwoch zwei Schätzungen aus den Vormonaten. Deutschland präsentiert sich jedoch sehr robust: Hier zog die Wirtschaft um 0,8 Prozent an. Gründe dafür waren der milde Winter und die starke Inlandsnachfrage.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) befürchtet eine geringere Schubkraft für das weltweite Wirtschaftswachstum durch Schwellenländer. „Nach einer Periode beeindruckender Fortschritte hat in einigen Volkswirtschaften der mittleren Einkommensgruppe eine Verlangsamung der Wachstumsraten eingesetzt“, heißt es in einer Studie. Die globalen Auswirkungen würden durch die Konjunkturabschwächung in China noch verschärft.

Neuer Riese auf dem Mobilfunkmarkt

Brüssel erlaubt Telefónica Deutschland Übernahme von E-Plus

Brüssel/München. (dpa) In Deutschland entsteht ein neuer Mobilfunkriese: Die EU-Kommission hat Telefónica Deutschland mit der Marke O₂ die Übernahme von E-Plus erlaubt. Allerdings muss Telefónica eine Reihe von Auflagen erfüllen und Netzkapazitäten abtreten.

Mit mehr als 44 Millionen Kunden bilden die bisherige Nummer drei und vier einen neuen Marktführer in Deutschland. Als Konkurrenz bleiben nur die Deutsche Telekom und Vodafone. Telefónica Deutschland lässt sich die Übernahme mehr als acht Milliarden Euro kosten.

Für die Genehmigung müsse Telefónica bis zu 30 Prozent seiner Netzkapazitäten an Konkurrenten abtreten, teilte die EU-Behörde mit. Telefónica muss zudem Mobilfunkfrequenzen und Vermögenswerte ver-

kaufen sowie Dienstleistungen rund um superschnelle Netze für Großkunden allen Interessenten anbieten. Mit den Auflagen wollen die EU-Wettbewerbsbehörden verhindern, dass die Preise für die Kunden steigen. Davor hatte das Bundeskartellamt gewarnt. O₂ und E-Plus erhoffen sich rund fünf Milliarden Euro Einsparungen von dem Zusammenschluss. Beim Umsatz kommen die Unternehmen mit rund 10 000 Beschäftigten gemeinsam auf ein Volumen von 5,8 Milliarden Euro. Der bisherige E-Plus-Chef Thorsten Dirks wird nach der Übernahme an die Spitze des gemeinsamen Konzerns mit Sitz in München rücken.

Auswirkungen unklar

„Es ist schwer vorherzusagen, wie sich die Übernahme auswirken wird“, sagt Martina Totz, Juristin und Telekommunikationsexpertin bei der Verbraucherzentrale Rheinland-

Pfalz. Sollte es bei Tarifen Änderungen geben, die wesentliche Vertragsbestandteile betreffen, müsse Kunden ein Widerspruchsrecht oder ein Sonderkündigungsrecht eingeräumt werden.

Bei wesentlichen Vertragsbestandteilen handelt es sich zum einen um den vereinbarten Preis, zum anderen um die im Vertrag festgeschriebenen Leistungen, erklärt Totz. Bei einem Sonderkündigungsrecht dürfen Kunden außerordentlich und außerhalb von vereinbarten Laufzeiten und Fristen kündigen.

Ebenfalls am Mittwoch gab die EU-Kommission grünes Licht für die Übernahme des spanischen Kabelnetzbetreibers Ono durch den britischen Mobilfunknetzbetreiber Vodafone. Vodafone zahlt nach früheren Angaben rund 7,2 Milliarden Euro für Ono. Dieser ist einer der letzten verbliebenen unabhängigen Kabelnetzbetreiber in Europa.

Politik der „Rolle rückwärts“

IW-Experte Michael Grömling beklagt „schädliche Weichenstellungen“ für den Standort Deutschland

Schwarzenfeld. (sbü) „Ich kann kein klares Konjunkturbild für die nächsten zwei Jahre zeigen“, meint Professor Dr. Michael Grömling vom Institut für deutschen Wirtschaft (IW) in Köln zusammenfassend am Ende seines Vortrags. „Neue Rahmenbedingungen, volatile Märkte und Wettbewerbsrisiken“ war sein Thema in der Reihe „Wirtschaft im Dialog“ der VBW-Bezirksgruppe Oberpfalz.

„Standortschädliche Weichenstellungen“ wirft Grömling der Politik der Großen Koalition vor. „Arbeitsmarktregulierungen und Mindestlohn“, aber auch die Sozialpolitik und vor allem die Rente mit 63 nannte er. „Wir kassieren wieder vieles davon ein, was seit dem Jahre 2005 Wirtschaft und Konjunktur in Deutschland angekurbelt hat.“

Als Rolle rückwärts bezeichnet er diese Politik. Für den Leiter der IW-Forschungsgruppe Konjunktur gibt es viele andere kritische Rahmenbedingungen und Wettbewerbsrisiken für die Betriebe. Instabilitäten in wichtigen Schwellenländern wie Russland und China sowie die noch längst nicht überwundene Bankenkrise zählt er dabei auf. Der Geldpolitik „fehle die Orientierung an oberster Stelle“. Die niedrigen Zinsen bergen für den Wissenschaffler die Gefahr von „Fehlanreizen für institutio-

nelle Anleger“. Und seine Risikoliste scheint nicht enden zu wollen. Er nennt die ungelösten Staatsschulden- und Strukturprobleme vor allem in den südlichen EU-Ländern, den krisenunabhängig anhaltend hohen Ölpreis, weltweite Wachstumskorrekturen und die Abwertung von Währungen in Schwellenländern. Grömling befürchtet „die klassische alte Standortdiskussion“ in Deutschland, weil die Lohnstückkosten seit Jahren stiegen und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit leide. Insgesamt sieht er in den Wirtschaftsräumen USA und Europa eine „fehlende klare Orientierung in der Wirtschaftspolitik“.

Stabiler Außenhandel

Die Konjunkturampel des Wissenschaftlers hatte neben roten und gelben, somit warnenden Farben, aber auch einiges an Grün. Europa sieht er insgesamt im Aufwind. Dies gleiche die Abschwächung in den Schwellen- und Entwicklungsländern wieder aus. Der deutsche Außenhandel sei „stabil“. Die Produktionsaussichten werden in Unternehmensbefragungen sehr positiv beurteilt. Als Arbeitsmarktwunder bezeichnet er den Anstieg der Erwerbstätigenzahl seit 2005 um fast 3 Millionen auf über 42 Millionen bei ähnlich hohen Rückgängen der Arbeits-



Professor Dr. Michael Grömling vom Institut für deutschen Wirtschaft in Köln hielt das Hauptreferat beim VBW-Wirtschaftsdialog in Schwarzenfeld. Bild: sbü

losenzahlen. Abgelöst wurden für Grömling dabei die früheren „Verschiebebahnhöfe“ in der Arbeitsmarktpolitik durch „echten Wechsel Arbeitsloser in Beschäftigung“.

Die Flexibilisierung des Arbeitsrechts und die Zunahme von Nebentätigkeiten hätten den privaten Konsum innerhalb von 10 Jahren um „8